

69.Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10.März 1954

141/J

A n f r a g e

der Abg. K a t z e n g r u b e r, Z e c h t l, K n e c h t e l s -
d o r f e r, A s t l und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die Höhe der Kreditzinsen.

-.-.-.-.-

Der Bürgermeister der hartgeprüften Vorarlberger Gemeinde Blons hat in einer Zuschrift an den Vorsitzenden der "Grünen Front" mitgeteilt, dass die Gemeinde 1952 und 1954 Almgründe gekauft hat, um zum Schutz vor Lawinengefahr Aufforstungen vornehmen zu können. Der Kaufpreis machte mehr aus, als die Gemeinde in einem Jahr einnimmt. Ausserdem musste die Gemeinde für das Darlehen zum ersten Kauf 9.5% Zinsen zahlen.

Damit erscheinen die anmassenden Feststellungen der am Kreditwucher schuldigen Funktionäre und Generaldirektoren der österreichischen Banken hinreichend widerlegt. Die Bewohner der österreichischen Gebirgstäler wissen nun, dass ihnen nicht nur die Profitsucht der Forstbesitzer und Holzhändler, sondern auch der Kreditwucher der Banken zum Verhängnis wird.

Gerade in Österreich ist aber ein solches Verhalten der Bankennur möglich, wenn sie vom zuständigen Ressortminister dabei unterstützt werden. Denn die grössten österreichischen Banken sind verstaatlicht, und der Finanzminister hat als Vertreter des Alleinkonzessionärs das Recht, dem Aufsichtsrat und dem Vorstand Auftrag zu geben, die Höhe der Kreditzinsen entsprechend zu senken.

Ausserdem war auch der Generalrat der Nationalbank in seiner Mehrheit bereit, eine neuerliche Senkung der Bankrate durchzuführen. Es wurde jedoch mitgeteilt, dass der Herr Bundesminister für Finanzen gegen die Senkung der Bankrate Einspruch erhoben hat.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

A n f r a g e n :

1. Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, den Leitungen der verstaatlichten Banken unverzüglich den Auftrag zu geben, die hohen Bankzinsen entsprechend herabzusetzen?
2. Ist es richtig, dass der Herr Bundesminister für Finanzen gegen eine vom Generalrat der Nationalbank geplante Senkung der Bankrate Einspruch erhoben hat, und falls ja, ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, nunmehr seinen Einspruch zurückzuziehen?